

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Schweiz.

Vor der großen Auseinandersetzung. / Intrigenspiel. / „Die Hüter unserer Kraft“. Welches Temperament.

Ausland.

Italien bei Guadalajara. / Bilbao. / „Der Weg zurück?“ / Die Achse. / Die englisch-französische Zusammenarbeit. / Deutschland und Rußland. / Elchy. / „Le Gouvernement National de front populaire“. / Van Zeeland gegen Degrelle.

Auf dem Felde der eidgenössischen Politik herrschte im Berichtsmonat verhältnismäßige Ruhe. Die großen politischen Auseinandersetzungen, bei denen der Entscheid über die Verwirklichung der „Richtlinien“ und die Übernahme eines oder mehrerer ihrer Vertreter in die Bundesregierung fallen wird, sind einstweilen vertagt und es ist auch kaum anzunehmen, daß die Entscheidung vor dem Herbst dieses Jahres eintritt. Die Sommeression der Bundesversammlung eignet sich wenig für solche Entschlüsse und es dürfte gegeben erscheinen, die eventuellen Entscheidungen mit den Auseinandersetzungen über die künftige Zusammensetzung des Bundesrates im Dezember zu verknüpfen. Bis dahin ist noch genügend Zeit, die Fronten abzuklären und wir zweifeln nicht daran, daß auch die Gegner der „Richtlinien“-Politik sich in dieser Zeit noch mehr als bisher rühren werden. Denn der Entschluß dürfte für die weitere politische Zukunft der Eidgenossenschaft entscheidend sein. Eine Prognose heute zu geben, wäre etwas voreilig; bis zum Herbst kann noch Vieles eintreten und dabei ist vor allem nicht zu übersehen, daß die eidgenössische Entscheidung stark beeinflusst sein wird von den Entwicklungen, die sich außerhalb unserer Grenzen vollziehen.

Die so zu vermutende vorläufige Vertagung des Entscheides hindert aber die eifrigen Heinzelmannchen keineswegs daran, fleißig weiterzuknabbern und die Stellung der „Richtlinien“-Gegner von innen heraus sturmreif zu machen. Man hört denn auch aus Bern zuweilen seltsame Geschichten, und die Nominationen neuer Bundesräte, bezw. die Verschiebungen innerhalb des jetzigen Bundesrates werden in allen Variationen produziert. Wir müssen es uns aus selbstverständlichen Erwägungen des Taktes verjagen, auf diese Spekulationen einzugehen; sicher ist, daß bei dem Spiel — und allzu oft erscheint es dem Beobachter durchaus als Intrigenspiel — nicht nur der „Richtlinien“-Gedanke beteiligt ist, sondern außerdem noch andere Probleme zum Gegenstand des Würfelspiels gemacht werden, wozu nicht in letzter Linie Bundesbahnfragen und anderseits gewisse Probleme gehören, die sich um das Militärdepartement konzentrieren.

Die politische und technische Armeeführung ist in der jüngsten Zeit wieder einmal Gegenstand einer öffentlichen Diskussion gewesen, über deren Zweckmäßigkeit gerade heute man in guten Treuen verschiedener Ansicht sein kann. In einer Zeitung des Kantons Aargau erschien ein „Die Hüter unserer Kraft“ überschriebener Artikel, in dem scharfe Kritik an dem Chef des Militärdepartements und an dem Chef der Generalstabsabteilung geübt wurde. Außerdem enthielt der Aufsatz verschiedene Vorschläge einer Neugestaltung der Obersten Armeeführung im Frieden. Während diese letzteren Vorschläge mehr Gegenstand einer technischen Diskussion unter Fachleuten wurden — wir möchten es unsererseits unterlassen, uns darüber zu äußern, da uns hierzu spezielle Fachkenntnisse unbedingt erforderlich scheinen — entwickelte sich um die persönlichen Angriffe, die in dem Artikel enthalten waren, eine unbefriedigende Diskussion, die womöglich noch unbefriedigender wurde dadurch, daß die Frage der Urheberchaft des Artikels

verschiedentlich aufgeworfen und zum Teil recht voreilig und ohne Anhaltspunkte beantwortet wurde. Die Angriffe sind von verschiedenen Seiten energisch zurückgewiesen worden, und das, wie uns scheint, mit Recht. Denn bei der ganzen Gelegenheit scheint uns, daß eben gar nicht nur rein militärische Besorgnisse um unsere Führung den Ausschlag gaben, sondern wahrscheinlich ebensosehr ganz bestimmte politische Absichten dahinter standen, deren Urheber in der Gegend des „Richtlinien“-Kreises gesucht werden dürften.

* * *

Inzwischen hat die neue Regierung des Kantons Genf mit ihrer antikomunistischen Politik ernst gemacht. Der Große Rat hat vor einigen Tagen die Kommunistische Partei und ihre Ableger und zugewandten Orte verboten und Zuwiderhandlungen unter Gefängnisstrafe gestellt. Damit hat, nach Neuenburg, ein zweiter welscher Kanton den Weg zu energischer Abwehr beschritten, wie es denn überhaupt den Eindruck macht, daß unsere Welschen in dieser Abwehrbereitschaft viel weiter sind als wir in der deutschen Schweiz. Anscheinend übt die unmittelbare Nähe des Herrn Blum und seines Regimes hier eine wohlthuende Wirkung aus, die uns, die wir weiter abgelegen sind, einstweilen versagt zu bleiben scheint. Es ist in diesem Zusammenhange überhaupt bemerkenswert, wie stark gewisse neue politische Ideen speziell in der welschen Schweiz an der Arbeit sind, während eine ähnliche Entwicklung in den Bezirken der deutschen Schweiz vergeblich zu suchen wäre. Es scheint sich hier allerdings zu einem guten Teil um eine Temperamentsfrage zu handeln und als weiteres Motiv für diese Entwicklung kommt hinzu die gut überlieferte Abneigung gegen Bern, die natürlich angesichts gewisser jüngster Maßnahmen des Bundes höchstens noch einen neuen Auftrieb bekommen mußte. Uns scheinen diese welschen Reformideen deswegen nicht a priori abzulehnen, weil sie auf durchaus föderalistischer Grundlage ruhen und somit die Gefahr einer Verstärkung des eidgenössischen Staatsbetriebes auch dann nicht besteht, wenn gewisse angeblich „faszistische“ Ideen sich durchsetzen sollten, was immerhin noch fraglich erscheint. Andererseits ist auch hier zu beachten, daß solche Entwicklungen, die vornehmlich aus dem „faszistischen“ Ausland zu uns hereingetragen wurden, für die Zukunft in einem großen Maße von der Entwicklung außerhalb unserer Grenzen abhängig sind. Wohin aber diese Entwicklung geht, ist noch völlig unbestimmt; sorgen wir inzwischen dafür, unser Staatswesen unter verstärkter Betonung der heutigen und traditionellen föderativen Grundlage nach eigenen Rezepten neu zu bauen; denn, je entschlossener wir an diesen hergebrachten Grundlagen festhalten, umso geringer ist die Gefahr, daß wir geistig und politisch in fremde Händel hineingezogen werden.

* * *

Inzwischen hat die weltpolitische Lage neue und nicht unbeträchtliche Verschiebungen erfahren. Das markanteste Ergebnis der Berichtsperiode ist die Entwicklung, welche die Ereignisse auf dem spanischen Kriegsschauplatz genommen haben. Es ist ganz unverkennbar, daß seit einigen Wochen die militärische Initiative zu einem großen Teil auf die Führung der Volksfront übergegangen ist — eine Entwicklung, die man noch vor kurzem als sehr unwahrscheinlich hätte bezeichnen müssen. Die plötzliche Bereitwilligkeit der Italiener, das Nichteinmischungsabkommen zu unterzeichnen und der Kontrolle zuzustimmen hatte den Schluß erlaubt, daß Italien die seinerseits dem General Franco gewährte Unterstützung von vier Divisionen Schwarzhemden mit dem entsprechenden Material, Flugzeugen usw., für genügend erachte, um in absehbarer Zeit den endgültigen Sieg der Nationalisten herbeizuführen. Die Entwicklung der letzten Wochen hat nun aber gezeigt, daß diese Auffassung, die in den politischen Kreisen Italiens fest verankert war, sich als unrichtig erwies. Den Truppen der Volksfront ist

offenbar in letzter Stunde noch beträchtliches Hilfsmaterial zugekommen und auch die Ergänzung der Führung, insbesondere durch französische Offiziere, scheint im erforderlichen Maß geschehen zu sein. Jedenfalls stießen die Italiener an der Front von Guadaluja bei ihrem Märzangriff auf erfolgreichen Widerstand; sie wurden durch die Gegenangriffe der Volksfront nicht nur zurückgeworfen, sondern mit der eingesehten Division regelrecht geschlagen. Seitdem ist an allen Fronten, außer der Front von Bilbao, die Initiative an die Führung der Volksfront übergegangen, wobei allerdings von weiteren größeren Erfolgen der Milizen bis heute nichts zu verspüren ist. Das aber scheint uns deswegen weniger bedeutend, weil ja Franco der Angreifer ist und seine, nicht des Gegners Tendenz dahin geht, die bestehenden Zustände in Spanien zu ändern. Für ihn also bedeutet Stillstand ohne weiteres Rückschritt, und wenn dazu noch so ausgesprochene Schlappen kommen, wie die bei Guadaluja, so beginnt sich das Bild nicht nur für Franco selbst, sondern auch für die ihn stützenden Mächte zu verdünnern. Dies gilt vornehmlich für Italien, das durch seine Aktion in Spanien viel unmittelbare und bedeutendere politische Ziele — als Mittelmeermacht — erreichen wollte, als Deutschland. Dieses scheint bereits vor längerer Zeit in der spanischen Angelegenheit eine leise Schwenkung auf „den Weg zurück“ anzutreten und es ist bemerkenswert, als Symptom hierfür die Haltung der deutschen Presse zu werten. Nachdem noch vor einigen Wochen Meldungen von Erfolgen der Volksfront sozusagen überhaupt nicht zu finden waren und der Sieg Franco's gewissermaßen als feststehend bezeichnet wurde, hat sich das Bild wesentlich verändert. Während früher stets die Seite der Volksfront auf ein Stichwort hin mit der Bezeichnung „Caballero-Auschuß“ abgetan wurde, ist jetzt, z. B. in der „Frankfurter Zeitung“, von dem militärischen Talent des Generals Miaja die Rede; die Schlappe der Italiener wird unumwunden zugegeben und die Aussichten Franco's finden keineswegs mehr die züversichtliche Beurteilung, wie ehemals. So heißt es z. B., daß ein Erfolg Franco's an der Front von Bilbao entscheidende Bedeutung für den ganzen Feldzug nicht beanspruchen könne, und daß dies auch dann gelte, wenn die Basken völlig unterworfen würden und die kleine Enklave von Bilbao an die Nationalisten fallen sollte. Diese Haltung der deutschen Presse läßt Schlüsse auf eine leichte Umstellung der deutschen Politik gegenüber Franco und in Spanien zu.

Es dürfte nicht zu bezweifeln sein, daß durch die Entwicklung der letzten Wochen die Achse Rom-Berlin einer leichten Belastung insofern ausgesetzt wurde, als die machtpolitische Position Italiens einen gewissen Rückschlag, vor allem psychologischer Art, erhalten hat. Doch darf man selbstverständlich diese Belastung keineswegs überschätzen. Mussolini hat inzwischen seine Position durch den Abschluß eines Abkommens mit Jugoslawien bereits wieder etwas verstärkt, wenn es auch voreilig wäre, die Wirkungen des spanischen Mißerfolges bereits wieder als ausgeglichen zu betrachten. Diktaturen ertragen eben aus ihrem ganzen Aufbau und ihrem Dogma der Totalität auch auf dem Gebiete des Unfehlbaren Rückschläge viel weniger, als anders konstruierte, auf Kompromisse und Labieren eingestellte Staatssysteme und deshalb ist es wohl möglich, daß die Schlappe von Guadaluja größere Auswirkungen zeitigt, als ihre effektive militärische Bedeutung bedingen würde.

* * *

England jedenfalls wird nach der jüngsten Entwicklung mit einem bedeutend leichteren Gefühl in die Krönungsfeierlichkeiten hineingehen, als dies noch vor einigen Wochen möglich gewesen wäre. Es kann festgestellt werden, daß sein massives Aufrüstungsprogramm einen starken Eindruck hinterlassen hat. Dazu kommt nun als weiteres der Rückschlag im Ausbau der italienischen Mittelmeerposition und die Tatsache, daß die Entwicklung in Spanien, so wie sie heute zu beobachten ist, ungefähr den Weg zu nehmen scheint, auf den die Engländer mit ihrer labierenden

Politik das Spanien des Bürgerkrieges von Anfang an bringen wollten: nämlich auf den Weg eines Ausgleichs der Kräfte zwischen Volksfront und Nationalisten, der einen totalen Sieg der einen oder anderen Partei ausschließt. Wird dies erreicht, so ist damit dem spanischen Problem die Gefährlichkeit für England — und wohl auch für Frankreich — endgültig genommen, so wie sie heute durch die anscheinende Aussichtslosigkeit für Italien, sich dort machtpolitisch festzusetzen, bereits weitgehend gemildert ist.

Die englische Position hat sich demnach im Berichtsmonat verstärkt. Gleichzeitig wurde die Politik der Zusammenarbeit mit Frankreich konsequent weitergeführt und es scheint, daß England vor einer entscheidenden Wendung in der europäischen Politik von dieser Tendenz nicht mehr abkommen will. Der Grund dafür dürfte ursprünglich in der Befürchtung einer nicht mehr aufzuhaltenden machtpolitischen Verstärkung der autoritären Staaten liegen, vor allem Deutschlands. England hat lange gezögert, bis es diese Schwenkung vollzog; es hat lange Zeit versucht, die Rolle eines sogenannten Schiedsrichters in Europa zu spielen und es war vielleicht auch bereit, den berechtigten deutschen Ansprüchen, insbesondere auf kolonialem Gebiet, in einem, wenn auch kleinen Grade entgegenzukommen. Von alledem ist heute nichts mehr zu spüren. Es scheint, daß sich England zu einer Frontstellung gegen das aufstrebende Dritte Reich entschlossen hat, eine Frontstellung, die es automatisch an die Seite Frankreichs führen mußte.

Diese Zusammenarbeit der beiden Westmächte zeigt sich bereits in verschiedenen Punkten. In der spanischen Frage ist sie ziemlich vollkommen; die Verhandlungen über die belgische Neutralität sind ebenso von England und Frankreich gemeinsam geführt worden und neuerdings erfolgte die gemeinsame Beauftragung des belgischen Ministerpräsidenten Van Zeeland zur Ausarbeitung eines Programms wirtschaftlicher Entspannung. Ohne die Bedeutung solcher aus Zweckmäßigkeitsgründen gemeinsamer Politik zu überschätzen, so ist doch zu vermuten, daß bei Bestand der heutigen machtpolitischen Lage daran kaum etwas geändert werden dürfte. Und im weiteren gewinnt man aus verschiedenen Anzeichen verstärkt den Eindruck, daß auch die Vereinigten Staaten — unter der neu bestätigten Führung Roosevelts — dieser beginnenden Koalition zumindest moralisch, aber, wie es scheint, zunächst auch schon wirtschaftlich sich anzunähern beginnen.

* * *

Ob und inwieweit im Zusammenhang mit einer gewissen Belastung der Achse Rom-Berlin durch den Rückschlag in der machtpolitischen Position Italiens und in Berücksichtigung der in Bildung begriffenen westlichen Koalition mit nicht zu übersehender Spitze gegen Deutschland eine Neuorientierung der deutschen Politik in ihrem Verhältnis zu Rußland in den Bereich der Möglichkeit zu ziehen ist, muß heute noch sehr fraglich erscheinen. Es handelt sich hier um eine einstweilen noch durchaus hypothetische Angelegenheit, um die sich übrigens bereits sämtliche politischen Gerüchtemacher der ganzen Welt versammelt haben, weshalb auch darauf zurzeit nicht näher eingegangen werden soll. Sicher ist immerhin, daß eine solche Neuorientierung Deutschlands vom machtpolitischen Standpunkt aus gesehen nicht ohne weiteres ausgeschlossen erscheint.

* * *

Die Vorgänge von Ellich haben die Position Léon Blums nicht unwesentlich erschüttert. Es erweist sich immer mehr, daß bei Aufrechterhaltung der Koalition mit den Kommunisten aus dem „Ministerium der Massen“ ein „Ministerium in den Händen der Massen“ zu werden droht und es dürfte dem Ministerpräsidenten — da die Radikalen einee Überspizung der Lage kaum mehr dulden werden — mit der Zeit kaum etwas anderes übrig bleiben, als ent-

weder abzubauen oder sich von den Kommunisten zu lösen und die dadurch ausfallende Unterstützung weiter rechts zu suchen. Er selbst zwar bezeichnet diese Möglichkeit als ausgeschlossen und sein Treueverhältnis zu den Kommunisten als unlösbar — aber schließlich hat er noch einige Wochen vor dem 25. September auch den Gedanken einer Abwertung des französischen Frankens mit Enttäuschung von sich gewiesen — und sie ist doch gekommen. Übrigens macht die von Blum eingeschaltete „Pause“ in seinen sozialen Maßnahmen und sein Bekenntnis zu vernünftiger Wirtschaftspolitik, wenigstens für das laufende Jahr, bereits den Eindruck einer leichten Schwenkung und es ist vielleicht symptomatisch, daß ihm bei einer der jüngsten Kammeritzungen auf der Tribüne ein kleiner lapsus linguae passierte, indem er von der Regierung sprach als: „Le Gouvernement de front national“, um sich dann sofort zu verbessern: „Le Gouvernement national de front populaire“! Angesichts der heillos zerfahrenen wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich, der steten Jagd der Löhne hinter den steigenden Preisen her, der katastrophalen Handelsbilanz durch einen scharfen Rückfall des Exportes — angesichts dieser Tatsachen, die in der erneuten Abwertung des französischen Frankens ihren plastischen Ausdruck gefunden haben — angesichts weiter der tobenden Massen von Cligny und der kommenden Ausstellung, welche unter dem Zeichen des Burgfriedens stattfinden sollte — angesichts aller dieser Tatsachen und Perspektiven wäre eine vorläufig leichte Abkehr des Ministerpräsidenten nach rechts nicht ohne weiteres ausgeschlossen, zumal es kaum den Eindruck macht, daß Blum bereits heute schon auf die Macht verzichten oder gar im Falle eines Zerfalls der Volksfront mit den Kommunisten auf die Straße gehen wollte. Hier spielen die unbestreitbaren außenpolitischen Erfolge Blums ihre Rolle: Es ist kaum anzunehmen, daß Blum diese Erfolge durch eine ad absurdum geführte Innen- und Wirtschaftspolitik oder gar durch eine Revolution aufs Spiel setzen wollte, während andererseits gerade angesichts dieser Erfolge eine nationale Koalition bis weit nach rechts unter Blumscher Führung nicht ausgeschlossen wäre, da er sich in außenpolitischer Beziehung als einer der erfolgreichsten Vertreter der machtpolitischen Interessen Frankreichs erwiesen hat.

* * *

Der Ausgang des Machtkampfes zwischen dem belgischen Ministerpräsidenten Van Zeeland und seinem Antipoden Degrelle, der dem Ministerpräsidenten eine überwiegende Mehrheit in unerwartetem Maß eingebracht hat — eine Mehrheit, die größer ist als die im letzten Mai erzielte — ist deswegen bemerkenswert, weil der Führer der Rezbewegung es auf dem ihm günstigsten Boden, nämlich in der Stadt Brüssel, auf einen Machtkampf ankommen lassen wollte. Die Tatsache nun, daß Rex nicht nur nichts gewonnen, sondern gegenüber dem Mai 1936 sogar noch Stimmen verloren hat, läßt den Schluß auf eine gewisse Stagnation dieser Bewegung zu, wie denn auch die Schlappe Degrelles z. B. in der deutschen Presse ohne weiteres als solche bezeichnet wird. Ob der Ausgang dieser Wahl den Schluß rechtfertigt, wie er vielerorts bereits gezogen wird: daß der Gedanke des Faschismus seinen Höhepunkt überschritten habe, bleibe dahingestellt.

Zürich, den 14. April 1937.

Jann v. Sprecher.